



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 21. November 2011

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 21. November 2011**

I. Zur Lage

Liebe Genossinnen und Genossen,

die von einer rechtsterroristischen Gruppe verübten Morde zählen zu den schwersten Verbrechen, die die Bundesrepublik erlebt hat. Sie markieren einen Einschnitt. Jede Form der Verharmlosung von rechtsextremistischen Straftaten ist spätestens jetzt diskreditiert. Niemand kann mehr den Versicherungen Glauben schenken, dass es organisierten rechten Terror in Deutschland gar nicht gebe. Mit Entsetzen stehen wir vor den Taten junger Deutscher, die über viele Jahre hinweg mit menschenverachtendem Eifer gemordet haben. Sie haben mit kaum vorstellbarer Grausamkeit Menschen erschossen, weil sie nicht deutscher Herkunft waren. Sie waren organisiert, sie waren vernetzt, sie hatten Helferinnen und Helfer. Sie kamen aus einem Umfeld, in dem rassistische Ideologie zum guten Ton gehört. Und auch das ist schreckliche Gewissheit: Sie konnten über viele Jahre unbehelligt rauben und morden, obwohl sie dem Verfassungsschutz bekannt waren. Der Staat konnte die Opfer nicht schützen. All das macht uns fassungslos. Aber es darf uns nicht sprachlos machen: Die Aufklärung der Taten, der rechten Netzwerke und des Versagens der Verfassungsschutzämter ist jetzt die erste Pflicht. Wir können



nicht davon ausgehen, dass heute schon alles bekannt ist, was wir wissen müssen. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion zuallererst die rückhaltlose und öffentliche Aufarbeitung der rechtsterroristischen Mordserie. Was ist geschehen? Wer war beteiligt? Was wussten die Ämter? Was ist bei Verfassungsschutz und Polizei schief gelaufen? Vor allem die Angehörigen der Opfer haben ein Recht auf Antworten. Die Aufklärungsarbeit muss jetzt einher gehen mit einem starken Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls für die betroffenen Familien. Dazu gehört meines Erachtens ein Trauerakt der höchsten Staatsorgane. Die Fähigkeit zu trauern gehört zur Aufarbeitung der Verbrechen.

Die Mordserie ist ein Angriff auf unsere ganze Gesellschaft und auf unsere demokratische Lebensform. Es ist der Moment, in dem wir unsere höchste Verfassungsnorm, die Achtung und den Schutz der Menschenwürde, konkret verteidigen müssen. Wichtig ist jetzt, dass wir unsere Sprache als Demokraten wiederfinden. Es ist unerträglich, wenn in den Medien tagelang unwidersprochen von so genannten „Döner-Morden“ die Rede ist. Solche Worte sind verräterisch. Mit ihnen wird – ob bewusst oder nicht – unterstellt, die Taten und die Opfer hätten mit uns nichts zu tun. Aber das Ungeheuerliche ist nicht außerhalb der Stadtmauern, außerhalb unseres Gemeinwesens geschehen. Es geschah in der Mitte unserer Gesellschaft.

Die Aufhellung der Straftaten wird Folgen haben müssen. Wir müssen entscheiden, wie wir die Aufklärung des organisierten Rechtsextremismus und die Verhütung von Verbrechen sicherstellen können. Wir müssen die Rolle der NPD bewerten, die als Schutzraum und als legale Infrastruktur dient, um verfassungsfeindliche Taten ideologisch vorzubereiten und den Tätern im Halbschatten des rechten Umfelds Unterstützung zu geben. Die NPD hat sich dem aggressiven Kampf gegen unsere Demokratie und gegen die Grundrechte unserer freiheitlichen Ordnung verschrieben. Trotzdem erhält sie Gelder aus öffentlichen Kassen. Hier nähren sich die Feinde der Demokratie an den Ressourcen des Staates, den sie zerstören wollen. Erst ein Verbot der NPD



kann diese rechtsextremistische Strategie unterbinden. Wir werden die Rolle von V-Leuten im Zusammenhang mit der rechtsterroristischen Gruppe aufklären müssen. Wir werden entscheiden müssen, wo V-Leute nichts nutzen. Ein neues NPD-Verbotsverfahren darf nicht daran scheitern, dass einzelne Länder die V-Leute ihrer Verfassungsschutzämter nicht aus den Führungszirkeln der NPD zurückziehen. Wenn Angela Merkel das NPD-Verbot will, muss sie auch die CDU/CSU-geführten Länder auf eine gemeinsame Handlungsweise verpflichten.

Eines dürfen wir bei allen Diskussionen über Strafverfolgung und Verbote niemals vergessen: Den Anfängen rechtsextremer Gewalt können wir nur wehren, wenn die Bürgergesellschaft stark wird und sich zusammenschließt im Kampf gegen die Demokratiefeinde. In den vergangenen Jahren sind viele zivilgesellschaftliche Initiativen entstanden, die in den Kommunen gegen Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Ideologie aktiv sind. Sie verdienen unsere Ermutigung und Unterstützung. Denn im Alltag und unabhängig von Schlagzeilen wehren sie sich gegen die Angst, die Rechtsextreme verbreiten. Sie sind auf der Straße und auf den Plätzen, um den öffentlichen Raum für die Demokratie zurückzugewinnen. Sie gehen in Schulen und Vereine, um aufzuklären. Ermutigung und Unterstützung hat auch mit Geld zu tun. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Initiativen weiter machen können.

In dieser Woche beraten wir abschließend den Bundeshaushalt 2012. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Vorlage zu überdenken und die Kürzung der Mittel für Extremismusprävention rückgängig zu machen. Wir wollen, dass die Mittel auf 30 Millionen Euro erhöht werden. Auch die Kürzung von 2,3 Millionen Euro zu Lasten der Bundeszentrale für politische Bildung muss rückgängig gemacht werden. Wir fordern darüber hinaus, die Bundeszentrale mit 1,2 Millionen Euro zusätzlich auszustatten. Statt der Bundeszentrale das Leben schwer zu machen und bürokratische Steine in den Weg zu legen, brauchen wir jetzt die volle Rückendeckung für die politische Bildungsarbeit.



Wir haben viele Fragen aufzuklären und viele Konsequenzen aus der Mordserie zu ziehen. Aber schon in dieser Woche können wir mit der besseren finanziellen Ausstattung des zivilgesellschaftlichen Engagements einen Anfang machen. Dieses Signal ist politisch von überragender Bedeutung.

Wir sagen den Feinden der Demokratie sehr klar: Wir werden uns zu wehren wissen. Deutschland aber bleibt ein weltoffenes Land.

Euer

gez. Dr. Frank-Walter Steinmeier

II. Zur Woche

Wachstum für Europa - Europäischen Haushalt progressiv gestalten

Der nächste EU-Haushalt muss den finanziellen Rahmen für die Neuaufstellung Europas nach der Krise bieten und den weiteren Integrationsprozess sichern. Eine strategische und politische Neuausrichtung ist dafür vonnöten. Gesamteuropäische Vorhaben müssen priorisiert werden. Ein Großteil der Mittel soll in zukunftsorientierte Haushaltsrubriken fließen, die Wachstum, Innovation und Forschung, Bildung und Investitionen in Infrastruktur fördern und nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Mittelfristigen Finanzrahmen der EU nach effizienter Mittelverwendung, europäischem Mehrwert und Solidarität auszurichten. Es darf keine Schattenhaushalte geben. Alle europäischen Projekte müssen parlamentarisch kontrolliert werden. Die finanzielle Ausstattung der EU soll 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens aller EU-Staaten nicht überschreiten. Politische Prioritäten wie die Europa2020-Strategie müssen angemessen finanziert werden. Die Gemeinsame Agrarpolitik darf nicht zu Handelsverzerrungen führen und soll der Entwicklung ländlicher Räume dienen. Die Instrumente der Struktur- und Kohäsionspolitik sind in einem Konvergenzfonds zusammenzuführen. Ihre effiziente Verwendung bedarf eines gemeinsamen strategischen Rahmens, einer funktionsfähigen Verwaltung in den Mitgliedsstaaten und flexibler Regelungen zur Ko-Finanzierung. Neue europäische Einnahmequellen bedürfen einer Verbindung zu Politikfeldern der EU. Sie müssen zu einer Rückführung nationaler Beiträge zum EU-Haushalt führen.

Kinderrechte stärken

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind in der UN-Kinderrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der EU sowie der EU-Kinderrechtsstrategie verbindlich festgehalten. Ihrer weitreichenden Bedeutung wird bislang weder politisch noch in der Öffentlichkeit Rechnung getragen. Daher fordern wir in unserem Antrag die Bundesregierung dazu auf, die Gesetzgebung auf ihre Übereinstimmung mit der UN-Kinderrechtskonvention und dem dort verankerten Kindeswohlvorrang zu überprüfen. Neue gesetzliche Regelungen werden vor allem für das

Asylverfahrensgesetz und das Aufenthaltsgesetz benötigt. Zudem müssen Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. In der Kinder- und Jugendhilfe sind Ombudsstellen zu schaffen. Der Nationale Aktionsplan soll unter Einbindung der Zivilgesellschaft fortgeschrieben werden. Auf europäischer Ebene muss ein Monitoringsystem zur Überwachung von Kinderrechten eingerichtet und ein EU-Staatenbericht eingeführt werden.

Sexuelle Gewalt gegen Kinder bekämpfen

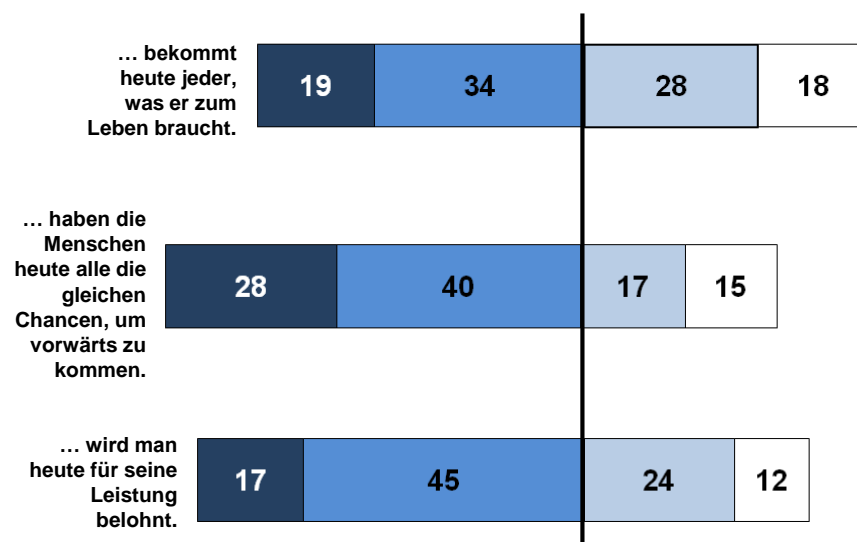
Der Europarat geht davon aus, dass jedes fünfte Kind in Europa Opfer sexueller Gewalt ist. Doch nur zehn Prozent der Fälle werden gemeldet. Die Kampagne des Europarats zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder hat daher zum Ziel, Eltern und andere Bezugspersonen für das Thema zu sensibilisieren und sie aufzuklären. Der Bundestag soll die Kampagne unterstützen. Unser Antrag fordert die Bundesregierung auf, sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auf internationaler Ebene zu bekämpfen. Das Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch soll ratifiziert werden. Dies gilt auch für das Übereinkommen des Europarats gegen Menschenhandel, da Kinder auch davon betroffen sind.

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Leistung lohnt sich nicht Keine Chancengleichheit

Angaben in Prozent, an 100% Fehlende: weiß nicht, verweigert



Quelle: Bertelsmann Stiftung

Der Verlust des Vertrauens in das gegenwärtige Wirtschaftsmodell greift weiter um sich. Ein zentrales Versprechen, das mit der Idee einer sozialen Marktwirtschaft verbunden war, lautete, dass Leistung sich lohnt und Anstrengungen mit Aufstiegschancen verbunden sind. Diese Erwartung an die Leistungsgerechtigkeit der Gesellschaft wird massiv verletzt. Schlechte Bildungschancen, prekäre Arbeit und geringe Löhne hinterlassen ihre Spuren. In einer neuen Umfrage der Bertelsmann Stiftung geben 68% der Befragten Zweifel an, dass es Chancengleichheit gibt. 62% glauben nicht mehr, dass Leistung sich lohnt.

© Planungsgruppe

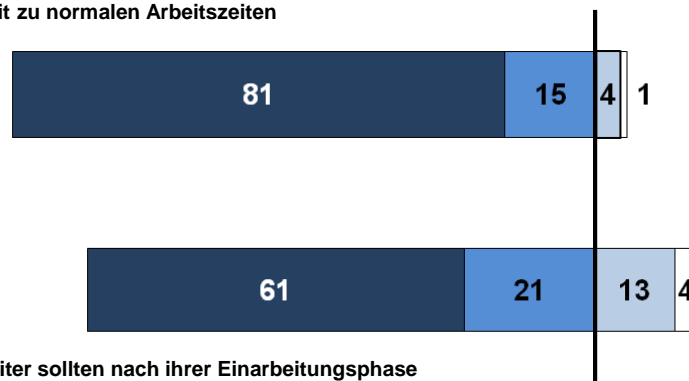
Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Leistung lohnt sich nicht Keine Lohngerechtigkeit

Angaben in Prozent, an 100% Fehlende: weiß nicht, verweigert

- stimme voll und ganz zu
- stimme ganz und gar nicht zu
- stimme eher zu
- stimme eher nicht zu

Wochend- und Nachtarbeit sollte besser bezahlt werden
als Arbeit zu normalen Arbeitszeiten



Zeitarbeiter sollten nach ihrer Einarbeitungsphase
genauso viel wie die Stammebelegschaft verdienen.

Quelle: Bertelsmann Stiftung

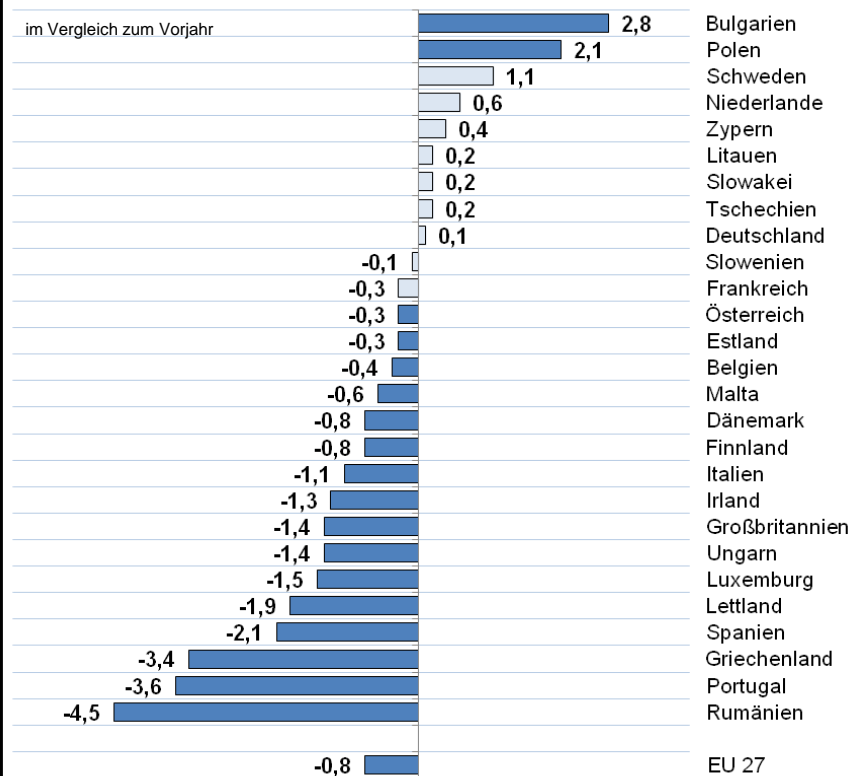
Im Mittelpunkt der Leistungsgerechtigkeit steht die Lohnfrage. Eine große Mehrheit von 96% fordert, dass besonders belastende Arbeit besser bezahlt wird – jedenfalls relativ zur Normalarbeit. Das Gebot „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ insbesondere für Leiharbeitnehmer unterstützen 82%. Die Ungleichbehandlung von Leiharbeit und Stammarbeit wird als ungerecht empfunden.

© Planungsgruppe

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Achtung, Rezessionsgefahr!

Negative Lohnentwicklung 2011* in Prozent



Hans-Böckler-Stiftung *Prognose;

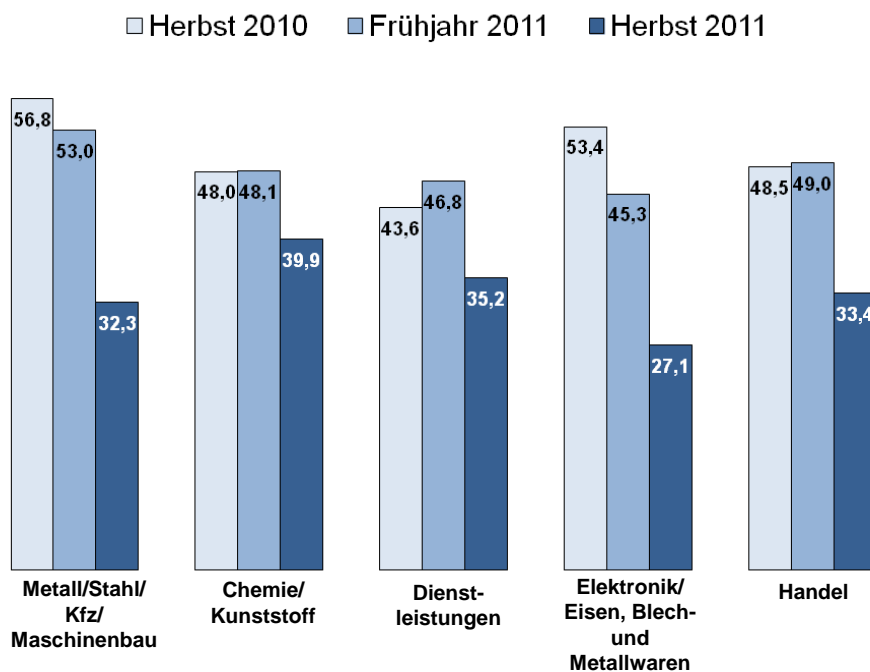
Quelle: Europäische Kommission 2011

„Das Wachstum in Europa ist zum Stillstand gekommen“, warnte EU-Währungskommissar Olli Rehn am 10. November 2011. Es drohe eine ernste Rezession. Teil der Abwärtsspirale ist die negative Lohnentwicklung. Einer Prognose der Hans-Böckler-Stiftung zufolge sinken innerhalb der EU die Löhne 2011 um 0,8%. Das schwächt die Nachfrage. Besonders Portugal, Griechenland und Spanien rutschen weiter ab. Stärkere Länder wie Deutschland setzen keinen Gegenakzent, um die Wirtschaft zu stimulieren.

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Mittelstand: Trübe Aussichten

Positive Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate in Prozent der befragten Unternehmen



Quelle: DZ Bank

Die Krise kommt in Deutschland an, jedenfalls erwartet das der deutsche Mittelstand. Nur noch ein Drittel der Befragten in einer repräsentativen Umfrage der DZ Bank gehen davon aus, dass sich ihre Geschäftslage im kommenden halben Jahr verbessert. Dieser Wert liegt unter dem langjährigen Durchschnitt. Seit dem Frühjahr 2010 sind parallel zur eskalierenden Krise in der Eurozone die Geschäftserwartungen eingebrochen, besonders stark in den vergangenen Monaten.

© Planungsgruppe